

Antragsteller: INFRASTRUKTUR NEUSS AÖR

Straße, Hausnr.: Moselstraße 24

Postleitzahl, Wohnort: 41464 Neuss

Telefon: 02131 / 908701

Bevollmächtigte(r):  
(Bitte in diesem Fall Vollmacht beifügen)

E-Mail: infrastruktur@stadt.neuss.de

**An den  
Landrat des Rhein-Kreises Neuss  
Amt für Umweltschutz  
- Untere Naturschutzbehörde -  
Auf der Schanze 4  
41515 Grevenbroich**

**Antrag auf Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG<sup>1</sup> / Ausnahme nach § 23 Abs. 1 LNatSchG NRW<sup>2</sup>**

1. Beschreibung des Vorhabens: Die Stadt Neuss beabsichtigt gemeinsam mit den Städten Düsseldorf und Langenfeld die Errichtung eines Radschnellwegs (RSW 5). Aufgrund der zeitlichen Vorgaben der Landesgartenschau (Eröffnung im Frühjahr 2026) sind vorgeifende infrastrukturelle Maßnahmen / Kanalbaumaßnahmen zum Bau des RSW vorzuziehen. Im Zuge des geplanten Baus des Radschnellweges entlang der Hammer Landstraße beabsichtigt daher die InfraStruktur Neuss die Umverlegung des z.Z. vorhandenen Mischwasserhauptsammlers DN 1300 aus dem nördlichen Rennbahngelände in die Trasse des künftigen Radschnellweges. Beabsichtigt ist der Neubau eines Mischwassersammlers der Nennweite DN 1600 zwischen der Industriestraße und der Hansastraße auf einer Länge von ca. 270 m. Im Zuge der Kanalbaumaßnahme erfolgt auch die Herstellung der neuen Böschung für den Radschnellweg auf einer Länge von ca. 400 m zwischen der Industriestraße und der Langemarckstraße. Als vorbereitende Maßnahme für den Kanalbau und den Bau des RSW im Bereich der Hammer Landstraße müssen bis Ende Februar 2023 Rodungsarbeiten auf der vorhandenen Böschung und für die Baustellenzufahrt im Bereich Obertorweg durchgeführt werden.

2. Lage des Antragsgrundstückes:

Stadt / Gemeinde: Neuss

Gemarkung: Neuss Flur: 6 Flurstück(e): 38, 45, 1638, 1661

3.  Es handelt sich um ein privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Ziff. 1, 2 BauGB<sup>3</sup> (Land-/Forstwirtschaft, Erwerbsgartenbau)

4. Das Antragsgrundstück liegt im Bereich eines (Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen)

Landschaftsschutzgebietes  Naturschutzgebietes  Naturdenkmales  Geschützten Landschaftsbestandteiles

Sonstiges:

<sup>1</sup> Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz-BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) in der zurzeit geltenden Fassung

<sup>2</sup> Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz NRW - LNatSchG NRW) vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 934 / SGV NRW 791) in der zurzeit geltenden Fassung

<sup>3</sup> Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137) in der zurzeit geltenden Fassung  
C:\Users\nead406\AppData\Local\Microsoft\Windows\NetCache\Content.Outlook\QHZ277FB\Anlage 1\_Formular zur Befreiung RSW Kanalbau Rodung\_221010.docx

5. Anlagen (bitte Zutreffendes ankreuzen)

Eine Beschreibung des Vorhabens, ein Lageplan und entsprechende Entwurfszeichnungen liegen als Anlage bei.

Es wurde eine Bauvoranfrage bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde (bitte Behörde angeben) gestellt. Die Antragsunterlagen liegen als Mehrausfertigung bei.

Es wurde ein Bauantrag bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde (bitte Behörde angeben) gestellt. Die Antragsunterlagen liegen als Mehrausfertigung bei.

Es wurde eine Genehmigung nach § 17 Abs. 3 BNatSchG beantragt (nur bei Eingriffen in Natur und Landschaft, die keiner Zulassung durch eine andere Behörde bedürfen). Die Antragsunterlagen sollen auch für diesen Antrag gelten.

Sonstiges: Es wurde (Bezeichnung des Antrages) bei der (Bezeichnung der Behörde) beantragt. Die Antragsunterlagen liegen als Mehrausfertigung bei.

Vollmacht

6.  Begründung, soweit nicht aus anderen, als Anlage beiliegenden Unterlagen ersichtlich.

siehe Anlage

**Mir / Uns ist bekannt, dass die naturschutzrechtliche Entscheidung über den Antrag auf Ausnahme / Befreiung keine Genehmigung darstellt, andere behördliche Entscheidungen über die Genehmigung / Zulassung meines / unseres Vorhabens (z.B. Baugenehmigung, Genehmigung eines Eingriffs in Natur und Landschaft nach § 17 Abs. 3 BNatSchG) nicht ersetzt und dass die naturschutzrechtliche Entscheidung unbeschadet aller privaten Rechte ergeht.**

Ort, Datum

  
.....  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Dieses Feld wird von der Unteren Naturschutzbehörde ausgefüllt:

**Aktenzeichen:** 68.4-40.01- .....

**Verfahren:**

- Befreiungsverfahren gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
- Ausnahmeverfahren nach § 23 Abs. 1 LNatSchG NRW i. V. m. Festsetzung nach LP